Satzung
über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentlichen
Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Bramsche
(Abwasserbeseitigungssatzung)
(AWBS)

Aufgrund der §§ 6, 8 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 26. November 1987 (Nds. GVBl. S. 214), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1991 (Nds. GVBl. S. 363) i. V. m. §§ 148 und 149 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 20. August 1990 (Nds. GVBl. S. 371) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 19. November 1992 die folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

- § 1 Allgemeines
- § 2 Begriffsbestimmungen

Abschnitt II

Abwasserbeseitigungsanlagen

- § 3 Anschlußleitungen
- § 4 Herstellung und Unterhaltung der Anschlußleitungen
- § 5 Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 6 Herstellung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 7 Betrieb von Vorbehandlungsanlagen
- § 8 Erlaubnis zur Herstellung von Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 9 Abnahme von Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 10 Beseitigung alter Anlagen
- § 11 Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen und Auskunftspflicht

Abschnitt III

Benutzungsbestimmungen

- § 12 Anschluß- und Benutzungsrecht – Schmutzwasser
- § 12a Anschluß- und Benutzungsrecht – Niederschlagswasser
- § 13 Anschluß- und Benutzungszwang – Schmutzwasser
- § 13a Anschluß- und Benutzungszwang – Niederschlagswasser
- § 14 Benutzungsrecht
- § 15 Einleitungsbeschränkungen
- § 16 Benutzungszwang
- § 17 Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang – Schmutzwasser
- § 17a Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang – Niederschlagswasser
- § 18 Beiträge, Gebühren und Kostenerstattungen
- § 19 Inhaber von Rechten und Pflichten

Abschnitt IV **Schlußvorschriften**

- § 20 Maßnahmen an der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage
- § 21 Grundstücksbegriff
- § 22 Indirekteinleiter
- § 23 Befreiungen
- § 24 Haftung
- § 25 Ordnungswidrigkeiten
- § 26 Zwangsmittel
- § 27 Widerruf
- § 28 Inkrafttreten

Abschnitt I

§ 1 **Allgemeines**

- (1) Die Stadt Bramsche betreibt im dringenden öffentlichen Interesse sowie aus Gründen des öffentlichen Wohles und zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse die Ableitung und Reinigung des anfallenden Abwassers (Abwasserbeseitigung). Zur Erfüllung dieses Zweckes erstellt die Stadt Bramsche eine rechtlich jeweils selbständige öffentliche Abwasseranlage zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung und zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung, die von ihr unterhalten werden. Die Stadt läßt je nach örtlichen Verhältnissen Leitungen für Schmutzwasser und Leitungen für Regenwasser (Trennsystem) bzw. Leitungen für Schmutz- und Regenwasser (Mischwassersystem) bauen.
- (2) Art und Umfang der Abwasserbeseitigungsanlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Änderung, bestimmt die Stadt. Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung, Änderung oder Betrieb der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen überhaupt oder in bestimmter Weise oder auf den Anschluß an sich besteht nicht.
- (3) Zu den öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen gehören nicht die auf den Grundstücken der Anschlußpflichtigen herzustellenden Grundstücksentwässerungsanlagen und Kontrollschächte im Sinne des § 5.

§ 2 **Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1. Abwasser:

Abwasser ist Schmutzwasser, Niederschlagswasser und Kühlwasser.

a) Schmutzwasser:

Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, industriellen oder sonstigen Gebrauch verunreinigte oder sonst in seinen Eigenschaften veränderte Wasser sowie damit zusammen abfließendes Wasser; ausgenommen Niederschlagswasser. Auch das durch landwirtschaftlichen Gebrauch verunreinigte sowie das aus Ablagerungen austretende Wasser ist als Schmutzwasser anzusehen. Ausgenommen ist das durch landwirtschaftlichen Gebrauch entstandene Abwasser, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu

werden. Als Abwasser gilt auch jedes sonstige in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitete Wasser.

b) Niederschlagswasser:

Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten und befestigten Flächen herrührende Wasser.

c) Kühlwasser:

Kühlwasser ist das von Industrie- und Gewerbebetrieben unmittelbar in die Regenwasserleitung eingeleitete Abwasser, soweit es die in § 11 Abs. 4 der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung angegebenen Werte nicht übersteigt und somit nicht als Schmutzwasser bezeichnet werden kann.

2. Öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen:

Zur öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage gehören das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen, wie

- a) - je nach örtlichen Verhältnissen das Leitungsnetz mit getrennten Leitungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Trennverfahren) oder die gemeinsame Leitung für beide Abwasserarten (Mischverfahren)
 - die Haupt- und Anschlußleitungen, Reinigungsschächte und dergleichen, Pumpstationen und Rückhaltevorrichtungen,
 - und alle Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Abwasser einschließlich Fäkalschlamm außerhalb des zu entwässernden Grundstückes,
- b) - alle Einrichtungen zur Reinigung des Abwassers, das sind Klärwerke und ähnliche Anlagen, die im Eigentum der Stadt stehen, sowie sämtliche von Dritten hergestellte und unterhaltende Abwasserbeseitigungsanlagen, deren sich die Stadt bedient und zu deren Unterhaltung sie beiträgt,
- c) - alle Gräben und Wasserläufe, soweit sie Bestandteil der Abwasserbeseitigungsanlage sind und zur Aufnahme der Abwässer dienen. Offene und verrohrte Gräben und Wasserläufe gehören dann zur Abwasserbeseitigungsanlage, wenn eine wasserrechtliche Gestattung nach §§ 7 und 8 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vorliegt oder eine Beseitigung der Gewässereigenschaft durch ein Planfeststellungsverfahren nach § 31 WHG zugunsten der Stadt Bramsche durchgeführt wurde.

3. Die öffentliche zentrale Abwasserbeseitigungsanlage für Schmutz- und Niederschlagswasser endet an der Grenze des zu entwässernden Grundstückes.

4. Die Abwasserbeseitigung umfaßt das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser sowie das Entwässern von Klärschlamm mit Abwasserreinigung.

Abschnitt II Abwasserbeseitigungsanlagen

§ 3

Anschlußleitungen

- (1) Eine Anschlußleitung im Sinne dieser Satzung ist die von der Grundstücksgrenze des Anschlußnehmers bis zum Anschluß an den Haupt- oder Nebensammler verlegte Leitung.
- (2) Jedes Grundstück soll für Schmutz- und Niederschlagswasser nur je eine Anschlußleitung (Erstanschluß) erhalten. Ausnahmen sind nur auf Antrag und mit Zustimmung der Stadt zulässig (weitere Grundstücksanschlußleitungen, siehe § 1 lit. c, § 2 Abs. 3 und § 17 der Abgabensatzung).
- (3) Jedes Grundstück ist selbständig anzuschließen. Die Stadt kann den Anschluß mehrerer Grundstücke über eine gemeinsame Grundstücksentwässerungsanlage an die Anschlußleitung zulassen. Die Erlaubnis hierzu ist jedoch nur in besonders begründeten Ausnahmefällen und nur dann zu erteilen, wenn sich die beteiligten Grundstückseigentümer vorher vertraglich zur Unterhaltung der gemeinsamen Grundstücksentwässerungsanlage verpflichtet haben und die erforderlichen Grunddienstbarkeiten im Grundbuch eingetragen sind und eine entsprechende Baulast auf dem jeweils fremden Grundstück beim Landkreis Osnabrück im Baulastverzeichnis eingetragen ist. Sofern sich aus dem Betrieb gemeinsamer Grundstücksentwässerungsanlagen wiederholt Mißstände ergeben, kann die Stadt die Trennung der Leitung und nachträglich für jedes Grundstück die Herstellung eines eigenen Anschlusses an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen verlangen.

§ 4

Herstellung und Unterhaltung der Anschlußleitungen

- (1) Die Herstellung, der Betrieb, die Unterhaltung und die Erneuerung der Anschlußleitungen obliegen der Stadt.
- (2) Die Kosten für etwaige Veränderungen oder Erneuerungen der Anschlußleitungen, soweit sie durch Veränderungen der Grundstücksentwässerungsanlagen bedingt sind, gehen zu Lasten der betroffenen Anschlußnehmer.
- (3) Die Beseitigung von Betriebsstörungen der Anschlußleitungen gehen zu Lasten des Anschlußnehmers, sofern sie nicht durch von der Stadt zu vertretende Umstände verursacht werden, d. h., z. B. im Falle einer Verstopfung oder eines Rückstaus bei freiem Durchlauf des Hauptsammlers haftet der Anschlußnehmer.

§ 5

Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Als Grundstücksentwässerungsanlagen, die durch fachlich geeignete Unternehmen herzustellen sind, gelten alle Einrichtungen bis zur Anschlußstelle an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Ableitung und Klärung des Abwassers auf dem Grundstück dienen, soweit sie nicht Bestandteil einer öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage sind. Dazu gehören insbesondere Abwassereinflüsse, Abwasserleitungen einschließlich deren Reinigungsschächte und Reinigungsöffnungen, Hebeanlagen, Rückstausicherungen, Abwasservorbehandlungsanlagen, Abscheideanlagen, Meßvorrichtungen und technische Kontrollvorrichtungen.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlage auf dem anzuschließenden Grundstück ist nach den technischen Bestimmungen „Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke“ –

DIN 1986, den Schallschutzbestimmungen und den anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu erhalten und zu betreiben.

§ 6

Herstellung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die Stadt bestimmt, wie der Anschluß und die auf dem Grundstück herzustellenden Grundstücksentwässerungsanlagen auszuführen sind. Der Anschlußnehmer hat die Herstellung, den Betrieb, die Unterhaltung und die Erneuerung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf seine Kosten durchführen zu lassen. Hierbei sind insbesondere die Bestimmungen dieser Satzung und die sonstigen baurechtlichen und bautechnischen Bestimmungen zu beachten (siehe § 8 Abs. 7 und 8).
- (2) In den nach dem Trennsystem (getrennte Entwässerungsleitungen für Schmutz- und Niederschlagswasser) entwässerten Gebieten der Stadt darf das Schmutzwasser und das Niederschlagswasser, soweit die §§ 12a und 13a zutreffen, nur den jeweils dafür bestimmten Entwässerungsleitungen zugeführt werden. Beim Bau der Grundstücksentwässerungsanlagen sind daher getrennte Leitungssysteme zu errichten. Die Stadt Bramsche kann in Ausnahmefällen die Zuführung von Niederschlagswasser in die Entwässerungsleitung für Schmutzwasser anordnen.
- (3) Die für das Ableiten des Abwassers bestimmten Grundstücksentwässerungsanlagen sind mit Kontrollschächten zu versehen. Der Abstand der Kontrollschächte von der Grundstücksgrenze darf einen Meter nicht überschreiten. Sofern die Baugrenze und die Grundstücksgrenze eine Flucht bilden, ist anstelle des Kontrollschachtes eine Reinigungsöffnung innerhalb des Gebäudes zu erstellen. In Ausnahmefällen entscheidet die Stadt.
- (4) Gegen den Rückstau des Abwassers aus den öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen hat sich jeder Anschlußnehmer selbst zu schützen. Einläufe, Ausgüsse usw., die tiefer liegen als die Straßenkrone, oder sonstwie durch Rückstau gefährdet sind, sind nach den technischen Bestimmungen für den Bau von Grundstücksentwässerungsanlagen, DIN 1986, gegen Rückstau zu schützen. Die Rückstauebene ist der höchste Punkt der öffentlichen Verkehrsfläche vor dem Grundstück. Schmutz- und Niederschlagswasser, das unterhalb der Rückstauebene anfällt, ist, sofern §§ 12a und 13a zutreffen, den öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen über automatisch arbeitende Hebeanlagen rückstaufrei zuzuführen. Bei Schäden, die durch Rückstau aus der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage entstehen, sind keine Ersatzansprüche an die Stadt gegeben.
- (5) Wenn und soweit ein Grundstück bezüglich des Niederschlagswassers an eine öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und die anfallenden Niederschlagsmengen das Fassungsvermögen der Anschlußleitungen übersteigen, ist ein Regenwasserrückhaltebecken nach Maßgabe der Stadt vorzuschalten.
- (6) Sind im Schmutzwasser zeitweise oder ständig Stoffe oder Flüssigkeiten enthalten, die nach § 15 nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen eingeleitet werden dürfen, oder ist damit zu rechnen, daß das anfallende Schmutzwasser nicht den Anforderungen dieser Satzung entspricht, so ist der Anschlußnehmer verpflichtet, geeignete Vorbehandlungsanlagen zum Ausgleich, zur Kühlung, zur Rückhaltung (z. B. von Fest- oder Leichtstoffen, zur Neutralisation oder zur Entgiftung usw.) zu erstellen.
- (7) Die im Rahmen der Grundstücksentwässerung erforderlichen Vorbehandlungsanlagen werden von der zuständigen Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück) genehmigt. Die entsprechenden Unterlagen sind zusammen mit den Antragsunterlagen vorzulegen. Sie werden mit einer Stellungnahme an die Genehmigungsbehörde weitergeleitet.
- (8) Die Stadt kann Maßnahmen zur Rückhaltung des Abwassers oder von Abwasserteilströmen verlangen, wenn die Vorbehandlung zeitweise unzureichend ist.

- (9) Ist zu erkennen, daß von dem Grundstück Stoffe oder Abwässer im Sinne § 15 unzulässigerweise in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden, ist die Stadt jederzeit berechtigt, die Einleitung vorübergehend zu untersagen, auf Kosten des Grundstückseigentümers die dadurch entstehenden Schäden in der Abwasserbeseitigungsanlage zu beseitigen, Untersuchungen und Messungen des Abwassers vorzunehmen und selbsttätige Meßgeräte mit den dafür erforderlichen Kontrollschächten einbauen zu lassen.
- (10) Mit der Herstellung bzw. Änderung einer Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach Erteilung der Anschlußerlaubnis begonnen werden.

§ 7

Betrieb der Vorbehandlungsanlagen

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Vorbehandlungsanlagen so zu betreiben, zu überwachen und zu unterhalten, daß die Schädlichkeit des Abwassers unter Beachtung und Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik so gering wie möglich gehalten wird. Die Vorschriften der Indirekteinleiterverordnung bleiben unberührt.
- (2) Die Einleitungswerte gemäß § 15 gelten für das behandelte Abwasser, wie es aus den Vorbehandlungsanlagen ohne nachträgliche Verdünnung abfließt (Anfallstelle). Möglichkeiten der Probennahme sind einzubauen.
- (3) Die in Vorbehandlungsanlagen anfallenden Leichtstoffe, Feststoffe oder Schlämme sind rechtzeitig und regelmäßig zu entnehmen.
- (4) Anlagen mit unzulänglicher Vorbehandlungsleistung sind unverzüglich zu ändern.
- (5) Die Stadt kann verlangen, daß eine Person bestimmt und der Stadt schriftlich benannt wird, die für die Bedienung der Vorbehandlungsanlagen verantwortlich ist.
- (6) Der Betreiber solcher Anlagen hat durch Eigenkontrollen zu gewährleisten, daß die Einleitungswerte gemäß § 15 für vorbehandeltes Abwasser eingehalten werden und die in dieser Satzung von der Einleitung ausgenommenen Stoffe nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangen. Über die Eigenkontrollen ist ein Betriebstagebuch zu führen.

§ 8

Erlaubnis zur Herstellung von Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die Erlaubnis zur Herstellung von Grundstücksentwässerungsanlagen ist unter Verwendung eines vom Bauamt erhältlichen Vordruckes vor der Bauausführung für jedes Grundstück getrennt zu beantragen.
Dem Antrag sind in doppelter Ausfertigung beizufügen:
 - a) Amtlicher Lageplan (1 Originalplan zusätzlich einer Kopie) des zu entwässernden Grundstücks mindestens im Maßstab 1:1000, sofern möglich 1:500; der Lageplan muß insbesondere Angaben über die Lage der vorhandenen und geplanten Grundleitungen mit Schächten und Abscheidern sowie die angrenzenden öffentlichen Flächen und die Anschlußstellen an die öffentliche Entwässerungsanlage – getrennt für Regen- und Schmutzwasser – enthalten
 - b) Eine Grundrißzeichnung der baulichen Anlagen mit den vorhandenen und geplanten Grundleitungen im Maßstab 1:100 mit Angaben der Lage, dem Querschnitt und des Gefälles der Leitungen, Reinigungsschächte und Rückstauhebeanlagen.

- c) Rohrweitenberechnung nach DIN 1986, Teil 2 (nur bei größeren Anlagen erforderlich).
 - d) Zusätzliche Angaben sind bei Gewerbebetrieben über Art und Menge des anfallenden Schmutzwassers und über die Größe der bebauten und befestigten Grundstücksfläche erforderlich.
- (2) Die Stadt prüft die dem Antrag beigefügten Unterlagen und wirkt auf ihre Übereinstimmung mit den technischen Bestimmungen für den Bau und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen und den nach dieser Satzung zu erfüllenden Voraussetzungen hin. Soweit erforderlich, kann die Stadt Ergänzungen zu den Unterlagen, Sonderzeichnungen, Abwasseruntersuchungsergebnisse und Stellungnahmen von Sachverständigen nachfordern.
 - (3) Die Anschlußerlaubnis kann unter Bedingungen oder mit Auflagen sowie unter dem Vorbehalt des Widerrufs sowie der nachträglichen Einschränkung oder Änderung erteilt werden. Dabei kann die Stadt verlangen, daß vorhandene Entwässerungseinrichtungen, die nicht den einschlägigen Vorschriften entsprechen, gleichzeitig ordnungsgemäß erneuert werden.
 - (4) Entsprechen die beabsichtigten Maßnahmen allen einschlägigen Vorschriften und Richtlinien, so erteilt die Stadt eine schriftliche Erlaubnis zu ihrer Ausführung. Den Erlaubnisbescheiden ist je eine Ausfertigung der mit Prüfungsvermerk(en) versehenen Entwässerungspläne beizufügen.
 - (5) Die erteilte Erlaubnis erlischt, wenn nicht binnen drei Jahren mit der Ausführung begonnen wurde oder die Arbeiten länger als drei Jahre eingestellt worden sind.
 - (6) Ergibt sich während der Bauausführung eines erlaubten Anschlusses die Notwendigkeit, von den der Erlaubnis zugrundeliegenden Unterlagen abzuweichen, so ist die Abweichung umgehend der Stadt anzuzeigen und eine Änderungserlaubnis einzuholen.
 - (7) Eine Anschlußerlaubnis ersetzt nicht eine nach der NBauO evtl. erforderliche Baugenehmigung.
 - (8) Bei Neu- oder Umbau baulicher Anlagen ist die Anschlußerlaubnis, spätestens gleichzeitig mit dem Bauantrag zu beantragen. Bei nicht bauaufsichtsgenehmigungspflichtigen Bau- und/oder Umbauten ist ebenfalls eine Anschlußerlaubnis vor Baubeginn zu beantragen.
 - (9) Die Genehmigung wird ungeachtet privater Rechte erteilt und läßt diese unberührt. Sie gilt auch für und gegen die Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers. Sie ersetzt nicht Erlaubnisse und Genehmigungen, die für den Bau und Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sein sollten.
 - (10) Die Stadt kann eine Selbstüberwachung der Grundstücksentwässerungsanlage nebst Vorlagepflicht der Untersuchungsergebnisse oder die Duldung und Kostentragung für eine regelmäßig behördliche Überwachung und Einleitung festsetzen

§ 9

Abnahme von Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Der Anschlußnehmer oder der mit der Bauausführung beauftragte Unternehmer hat die Fertigstellung der Grundstücksentwässerungsanlage unverzüglich der Stadt anzuzeigen.
- (2) Die Anlage darf erst in Betrieb genommen werden, wenn sie von der Stadt auf ihre Funktionsfähigkeit hin überprüft wurde.
- (3) Sämtliche Teile der Grundstücksentwässerungsanlage müssen bei der Abnahme zugänglich sein und soweit offen liegen, daß die Dichtigkeit und Bauausführung überprüft werden kann. Unterirdisch verlegte oder künftig verdeckte Teile dürfen erst nach erfolgter Abnahme überdeckt werden. Dies gilt auch für unter Putz zu verlegende Falleitungen. Der von der Stadt mit der Abnahme Beauftragte kann verlangen, daß evtl. bereits verdeckte

Leitungen für die Abnahme wieder frei gelegt werden. Zum Nachweis der Dichtigkeit der Rohrleitung kann eine Wasserdruckprüfung verlangt werden. Die zur Abnahme erforderlichen Vorbereitungen und Maßnahmen hat der Anschlußnehmer auf seine Kosten nach Weisung der Stadt termingemäß zu treffen.

- (4) Bei der Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen. Nach Abstellung der Mängel ist die Abnahme erneut zu beantragen.

§ 10

Beseitigung alter Anlagen

- (1) Anlagen, die vor dem Anschluß an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage der Beseitigung der auf dem Grundstück anfallenden Abwässer dienen, sind, soweit sie nicht als Bestandteile der neuen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt wurden, binnen drei Monaten ganz oder so zu beseitigen, daß sie für die Aufnahme oder Ableitung von Abwässern nicht mehr benutzt werden können. Das gilt insbesondere für Gruben, alte Leitungen, Sickereinrichtungen und Grundstückskleinkläranlagen.
- (2) Die Außerbetriebsetzung der Grundstücksentwässerungsanlage oder von Teilen derselben hat der Anschlußnehmer der Stadt rechtzeitig mitzuteilen, damit die Anschlußleitung verschlossen oder beseitigt werden kann. Die Kosten für das Verschließen oder Beseitigen der Anschlußleitung hat der Anschlußnehmer zu tragen. Unterläßt der Anschlußnehmer die rechtzeitige Benachrichtigung der Stadt, so hat er für den Schaden aufzukommen, der durch das verspätete Verschließen oder die verspätete Beseitigung der Anschlußleitung entstanden ist.

§ 11

Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen und Auskunftspflicht

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zu allen an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossenen oder neu anzuschließenden Grundstücken ungehindert Zutritt zu gewähren, soweit dies zur Überprüfung der Anschlußmöglichkeit, zur Überprüfung der bereits bestehenden Grundstücksentwässerungsanlagen, zur Beseitigung von Störungen, zur Entnahme von Proben, zur Feststellung von Einzelheiten, zur Errechnung der Gebühren und zur Prüfung, ob die sonstigen Bestimmungen dieser Satzung befolgt werden, erforderlich ist. Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlagen, wie Reinigungsöffnungen, Kontrollschächte, Rückstauverschlüsse, Vorbehandlungsanlagen und dergleichen, sind den Beauftragten der Stadt jederzeit zugänglich zu machen.
- (2) Der Anschlußnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen und für die Errechnung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Die Anordnungen der Beauftragten der Stadt sind zu befolgen.

Abschnitt III

Benutzungsbestimmungen

§ 12

Anschluß- und Benutzungsrecht – Schmutzwasser –

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstückes (Anschlußberechtigter) ist berechtigt, von der Stadt zu verlangen, daß sein Grundstück zur Ableitung von Schmutzwasser nach Maßgabe dieser Satzung an die bestehende öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen wird (Anschlußrecht).

- (2) Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlußleitungen hat der Anschlußberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung das Recht, die auf seinem Grundstück anfallenden Gewässer in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einzuleiten, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung einschränken oder verbieten. Weitergehende Vorschriften der Indirekteinleiterverordnung bleiben unberührt.
- (3) Das Anschlußrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar an eine Straße grenzen, in der eine betriebsfertige öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich einer Anschlußleitung bis zur Grundstücksgrenze vorhanden ist. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, daß neue Anschlußleitungen hergestellt oder bestehende Anschlußleitungen geändert werden. Welche Grundstücke durch eine Anschlußleitung angeschlossen werden, bestimmt die Stadt (siehe § 1 Abs. 2).
- (4) Für Baustellen, fliegende Bauten und dergleichen besteht kein Anschlußrecht.

§ 12a

Anschluß- und Benutzungsrecht – Niederschlagswasser –

- (1) Zur Beseitigung des Niederschlagswassers sind an Stelle der Stadt Bramsche verpflichtet
 1. die Grundstückseigentümer, soweit
 - nicht die Stadt den Anschluß an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage und deren Benutzung vorschreibt,
 - keine wasserrechtliche Bedenken bestehen,
 - ein gesammeltes Fortleiten nicht erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten,
 2. die Träger öffentlicher Verkehrsanlagen, soweit sie nach anderen Rechtsvorschriften zur Entwässerung ihrer Anlagen verpflichtet sind.

Ein auf Ableitung von Niederschlagswasser gerichtetes Anschluß- und Benutzungsrecht besteht nur, soweit sich die Stadt die Beseitigung vorbehalten hat oder dazu verpflichtet ist. Das gezielte Einbringen von Niederschlagswasser in den Untergrund bedarf einer Erlaubnis durch die zuständige Behörde (Landkreis Osnabrück).

- (2) Den Eigentümern von Grundstücken, die bisher das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage abgeleitet haben, bleibt das Anschlußrecht erhalten. Sofern Abs. 1 zutrifft, gilt Gleiches für neu hinzukommende, bebaute Grundstücke, wenn eine funktionsfähige Entwässerungsleitung zur Aufnahme von Niederschlagswasser vorhanden ist.
- (3) Das Anschlußrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar eine Straße grenzen, in der eine betriebsfertige öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich einer Anschlußleitung bis zur Grundstücksgrenze vorhanden ist. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, daß neue Anschlußleitungen hergestellt oder bestehende Anschlußleitungen geändert werden. Welche Grundstücke durch eine Anschlußleitung angeschlossen werden, bestimmt die Stadt (siehe § 1 Abs. 2).
- (4) Für Baustellen, fliegende Bauten und dergleichen besteht kein Anschlußrecht.

§ 13

Anschluß- und Benutzungszwang – Schmutzwasser –

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück zur Ableitung von Schmutzwasser an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage dann anzuschließen, wenn es bebaut ist oder mit der Bebauung begonnen worden ist. Voraussetzung für die Verpflichtung ist, daß das Grundstück an eine Straße (Weg, Platz) grenzt, in der bereits vor dem Grundstück eine betriebsfertige öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich einer Anschlußleitung bis zur Grundstücksgrenze vorhanden ist. Der Anschluß muß innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die Anschlußpflichtigen schriftlich oder durch öffentliche Bekanntmachung zum Anschluß an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage aufgefordert worden sind, hergestellt werden. Alle Anschlußpflichtigen haben unverzüglich nach erteilter Erlaubnis ihre Grundstücke mit den zur ordnungsgemäßen Entwässerung der Grundstücke erforderlichen Einrichtungen zu versehen.
- (2) Bei Neu- und Umbauten von Gebäuden und sonstigen Anlagen muß der Anschluß an die Abwasserbeseitigungsanlage vor der behördlichen Gebrauchsabnahme der Neu- und Umbauten ausgeführt sein.
- (3) Werden an einer Erschließungsanlage, in der später Entwässerungskanäle eingebaut werden sollen, Neubauten errichtet, so sind auf Verlangen der Stadt alle Einrichtungen für den künftigen Anschluß an die zentrale Abwasserbeseitigungsanlage vorzubereiten.
- (4) Wird die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage in der Straße erst nach der Bebauung eines Grundstücks hergestellt, so ist das Grundstück binnen drei Monaten nach Aufforderung anzuschließen.
- (5) Wird die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage von Misch- auf Trennsystem umgestellt, hat der Grundstückseigentümer die zur getrennten Ableitung der Abwässer erforderlichen Maßnahmen auf seinem Grundstück unmittelbar nach Fertigstellung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage auf seine Kosten durchzuführen.

§ 13a

Anschluß- und Benutzungszwang – Niederschlagswasser –

- (1) Die Stadt kann bezüglich des Niederschlagswassers den Anschluß eines Grundstückes an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage anordnen, wenn wasserrechtliche Bedenken bestehen, ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten oder die Stadt den Anschluß an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen und deren Benutzung vorschreibt. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn das Grundstück derart bebaut oder befestigt worden ist, daß das Niederschlagswasser nicht versickern oder ablaufen kann oder das Niederschlagswasser nicht nur unerheblich verunreinigt wird, bevor es in den Boden gelangt. Der Grundstückseigentümer hat den Anschluß innerhalb von drei Monaten nach der Erklärung der Stadt über die Ausübung des Anschlußzwanges vorzunehmen.
- (2) Wenn und soweit ein Grundstück bezüglich des Niederschlagswassers an eine öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, sämtliches Niederschlagswasser, das auf bebauten und befestigten Flächen anfällt, der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage zuzuführen.
- (3) Sollte Abs. 1 zutreffen, hat der Grundstückseigentümer bei einer Umstellung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von Misch- auf Trennsystem die zur getrennten Ableitung der Abwässer erforderlichen Maßnahmen auf seinem Grundstück unmittelbar nach Fertigstellung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage auf seine Kosten durchzuführen.
- (4) Unter Beachtung des Abs. 1 ist darüber hinaus jeder Eigentümer eines Grundstücks, das im Bereich der Innenstadt, des Bramscher Berges oder innerhalb eines Gewerbe- und/oder Industriegebietes liegt, verpflichtet, das Grundstück zur Ableitung von

Niederschlagswasser an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage anzuschließen. Wenn besondere Gründe vorliegen, kann die Stadt auch den Anschluß von unbebauten Grundstücken verlangen (Anschluß- und Benutzungszwang). Die genauen Grenzen der Gebiete ergeben sich aus der dieser Satzung als Anlage beigefügten Karte. Sie ist wesentlicher Bestandteil dieser Satzung.

§ 14

Benutzungsrecht

- (1) Nach der Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage hat der Anschlußnehmer das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser – unter Beachtung der Einschränkungen in § 15 – in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einzuleiten.

§ 15

Einleitungsbeschränkungen

- (1) Mit dem Abwasser dürfen keine Stoffe in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden, die
 - das mit der öffentlichen Abwasserbeseitigung beschäftigte Personal gefährden oder gesundheitlich beeinträchtigen,
 - die Leitungen verstopfen, zu Ablagerungen führen oder im Leitungsnetz erhitzen können,
 - die Einrichtungen der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage in ihrem Bestand oder Betrieb nachteilig beeinflussen,
 - Bau- und Werkstoffe angreifen,
 - giftige, feuergefährliche, explosive oder übelriechende Dämpfe oder Gase bilden,
 - durch Abwasserreinigungsanlagen nicht beseitigt werden können oder pflanzen-, boden- oder gewässerschädigend sind,
 - die Abwasserreinigung, die Klärschlammbehandlung oder –verwertung erschweren,
 - die Vorfluter über das zulässige Maß hinaus belasten oder sonst nachteilig verändern.Sind derartige Gefährdungen oder Beeinträchtigungen zu befürchten, kann die Stadt die Einleitung des Abwassers in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage untersagen, oder von einer Vorbehandlung an der Anfallstelle oder von anderen geeigneten Maßnahmen abhängig machen. Dazu zählen auch die Herstellung und Errichtung von automatisch arbeitenden Meß- und Kontrollgeräten.
- (2) Von der Einleitung und dem Eindringen in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage sind ausgeschlossen:
 - Schutt, Boden, Kies, Asche, Kehrlicht, Schlacke, Glas, Sand, Müll, Schlacht- und Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste, Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier und Pappe u. a.; diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden,
 - Kunstharze, Lacke, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige oder später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen, Suspensionen, Dispersionen,
 - Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen Abwasserbehandlungsanlagen
 - flüssige Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in den Leitungen abgeschieden werden und zu Abflußbehinderungen führen, sowie folgende Stoffe, sofern Grenzwerte nach Abs. 4 überschritten werden:
 - Abwässer, die Gase in schädlichen Konzentrationen (z. B. Schwefelwasserstoff u. a.) freisetzen

- feuergefährliche und explosive Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosive Gas-/Luftgemische entstehen können, z. B. Mineralölprodukte, wie z. B. Benzin, Heizöl, Schmieröle, Lösungsmittel, wie z. B. Benzin, Farb- und Lackverdünner, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Blut und Molke,
 - Reinigungsmittel, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder die die Ölabscheidung verhindern (z. B. Tenside),
 - Säuren und Laugen, chlorierte Kohlenwasserstoffe, Schwefelwasserstoff, Blausäure sowie deren Salze und Carbide, die Acetylen bilden,
 - Pestizide, wie z. B. Pflanzenschutz-, Holzschutz- oder Beizmittel, HCH, PCB sowie aromatische Kohlenwasserstoffe, z. B. Benzin, Toluol, Xylol,
 - fotochemische Abwässer (Fixierbäder, ferrocyanhaltige Bleichbäder, Entwicklerbäder, Ammoniaklösungen),
 - Abwasser, das abwassergefährdende Stoffe oder Stoffgruppen enthält, wie Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Nickel, Quecksilber, organische Halogenverbindungen (AOX) wie 1.1.1. Trichlorethan, Trichlorethen, Tetrachlorethan, Trichlormethan, Tetrachlormethan,
 - Medikamente oder pharmazeutische Produkte,
 - Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern, soweit nicht thermisch desinfiziert, oder aus Arztpraxen, das infektiöse Abfälle enthält,
 - gentechnisch verändertes Material,
 - flüssige und feste Stoffe aus der Landwirtschaft, wie Jauche, Gülle, Mist sowie Silagesickersaft,
 - Abwasser, das in den Abwasserbeseitigungsanlagen nachhaltig belästigende Gerüche auftreten lässt,
 - Abwässer und Schlämme aus Grundstückskläranlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung,
 - nicht neutralisierte Kondensate aus Feuerungsanlagen,
 - radioaktives Abwasser: Beim genehmigungspflichtigen Umgang mit radioaktiven Stoffen ersetzt die Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung neuester Fassung die satzungsrechtliche Erlaubnis, wenn sie im Einvernehmen mit der Stadt erteilt wird,
 - Grund- und Drainwasser,
- (3) Der Einbau und Betrieb von Abfallzerkleinerern zur Abschwemmung von festen anorganischen oder organischen Stoffen in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage ist nicht erlaubt.
- (4) Abwässer dürfen nur eingeleitet werden, wenn sie folgende Grenzwerte als Mindestanforderungen nicht überschreiten; gemessen an der Übergabestelle zur öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage:
1. Allgemeine Parameter
 - a) Temperatur: 35°C
 - b) pH-Wert: 6,5-10,0
 - c) Absetzbare Stoffe: nach 0,5 Stunden Absetzzeit
 - biologisch abbaubar = 10 ml/l
 - nicht biologisch abbaubar = 1 ml/l
 2. Organische Stoffe
 - a) Verseifbare Öle und Fette: 150 mg/l
 - b) Kohlenwasserstoffe direkt abscheidbar: gemäß DIN 1999 (Abscheider für Leichtflüssigkeiten) beachten
 - c) Organische halogenierte Lösemittel (AOX)

(berechnet als organisch gebundenes Halogen):	1,0 mg/l
Je Einzelstoff:	0,5 mg/l, jedoch in der Summe ≤ 1,0 mg/l
1.1.1. Trichlorethan, Trichlorethen, Tetrachlorethan, Trichlormethan, Tetrachlormethan	
d) Phenole als C ₆ H ₅ OH halogenfrei – gesamt	50 mg/l
e) Pflanzenschutzmittel mit dem Grundgerüst chlorierter Aromate:	0,05 mg/l
3. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)	
a) Arsen (As)	0,1 mg/l
b) Blei (Pb)	0,5 mg/l
c) Cadmium (Cd)	0,2 mg/l
d) Chrom 6-wertig (Cr)	0,2 mg/l
e) Chrom (Cr)	1,0 mg/l
f) Kupfer (Cu)	0,5 mg/l
g) Nickel (Ni)	1,0 mg/l
h) Eisen (Fe)	20,0 mg/l
i) Selen (Se)	0,5 mg/l
j) Zink (Zn)	2,0 mg/l
k) Zinn (Sn)	2,0 mg/l
l) Cobalt (Co)	1,0 mg/l
m) Silber (Ag)	0,1 mg/l
n) Quecksilber (Hg)	0,05 mg/l
o) Aluminium (Al)	20,0 mg/l
4. Anorganische Stoffe (gelöst)	
a) Ammonium (NH ₄) und Ammoniak (NH ₃)	100,0 mg/l
b) Cyanid, leicht freisetzbar (CN)	0,1 mg/l
c) Cyanid, gesamt (CN)	1,0 mg/l
d) Fluorid (F)	30,0 mg/l
e) Nitrit (NO ₂)	10,0 mg/l
f) Sulfat (SO ₄)	300,0 mg/l
g) Sulfit (S)	2,0 mg/l
h) freies Chlor (Cl)	0,5 mg/l

Im übrigen gelten die allgemeinen Abwasserwaltungsvorschriften nach § 7a Wasserhaushaltsgesetz einschließlich der Anhänge in der jeweils gültigen Fassung.

- (5) Es ist unzulässig, Abwasser zu verdünnen, um Einleitungsverbote zu umgehen oder um die in Absatz 4 bezifferten Höchstwerte nicht zu überschreiten.
- (6) Zum Schutz der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage, aus Gründen des Gewässerschutzes oder einer störungsfreien Klärschlammverwertung können für die einzuleitenden Abwasserinhaltsstoffe neben den Grenzwerten nach Abs. 4 auch Schwellenwerte nach Konzentration und Jahreswerte festgesetzt werden.
- (7) Die Stadt kann die Einleitung von Abwässern außergewöhnlicher Art und Menge versagen oder von einer Vorbehandlung oder Speicherung abhängig machen, an besondere Bestimmungen knüpfen und festlegen, das nur zu bestimmten Zeiten und nur in bestimmten Höchstmengen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Einleitung in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage möglich ist.

- (8) Abweichende Bedingungen können in Sonderfällen gestellt werden.
- (9) Die Stadt kann laufende Abwasseruntersuchungen verlangen. Die Kosten der Probeentnahmen und Abwasseruntersuchungen hat der Anschlußnehmer zu tragen.
- (10) Die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen kann von der Stadt auch versagt werden, wenn die vorhandenen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen für die Aufnahme und Reinigung erhöhter Abwassermengen oder veränderter Abwässer nicht ausreichen.

§ 16

Benutzungszwang

Der Eigentümer eines Grundstückes, das dem Anschlußzwang unterliegt, ist verpflichtet, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser unter Beachtung der Bestimmungen des § 15 in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage einzuleiten.

§ 17

Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang – Schmutzwasser –

- (1) Die Stadt kann auf schriftlichen Antrag des Anschluß- und Benutzungsverpflichteten auf die Ausübung des Anschluß- und Benutzungszwanges verzichten, wenn dies zur Vermeidung offenbar nicht beabsichtigter Härten zweckmäßig erscheint und den Zweck der Satzung nicht gefährdet, oder wenn eine Abweichung von den Bestimmungen dieser Satzung im öffentlichen Interesse liegt. Die Entscheidung gilt unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.
- (2) Für eine Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang muß neben den Voraussetzungen des Abs. 1 ein begründetes Interesse des Anschluß- und Benutzungsverpflichteten an der Selbstverwertung der Abwässer vorliegen. Er muß sämtliche auf seinem Grundstück oder in seinem Betrieb anfallende Abwässer ohne Versickerung oder Einleitung in Gewässer im Einvernehmen mit der Stadt selbst beseitigen, wobei Belange der öffentlichen Hygiene und Gesundheitspflege nicht entgegenstehen dürfen.
- (3) Die Befreiung kann sowohl vom Anschlußzwang als auch vom Benutzungszwang erteilt werden.
- (4) Der Antrag auf Befreiung vom Anschlußzwang ist mindestens einen Monat vor seiner Entstehung gem. § 13 Abs. 1 schriftlich bei der Stadt zu stellen. Er muß Erläuterungen enthalten, wie die Voraussetzungen des Abs. 2 erfüllt werden sollen.
- (5) Der Antrag auf Befreiung vom Benutzungszwang ist bei Neuanschlüssen mindestens einen Monat vor der Entstehung des Benutzungszwanges und bei bereits bestehenden Anschlüssen einen Monat vor Beginn des Kalenderjahres, für welches die Befreiung erteilt werden soll, zu stellen. Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (6) Die Befreiung kann jederzeit widerrufen werden, wenn sich die Verhältnisse, unter denen sie erteilt worden ist, ändern.
- (7) Maßnahmen der Gesundheits- und Ordnungsbehörden bleiben durch die Befreiung unberührt.

§ 17a

Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang – Niederschlagswasser –

- (1) Die Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang für Niederschlagswasser kann auf Antrag ausgesprochen werden,

1. Soweit die Stadt nicht aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit zur Beseitigung verpflichtet ist und
 2. wenn der Anschluß des Grundstückes an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage für den Grundstückseigentümer unzumutbar ist oder wenn das Niederschlagswasser auf dem Grundstück versickert oder gefahrlos in die Vorflut abgeleitet werden kann. Eine Befreiung ist dann nicht zulässig, wenn das abfließende Wasser auf Nachbargrundstücken Feuchtigkeitsschäden hervorrufen könnte oder die Vorflutverhältnisse nicht ausreichend sind.
Der Antrag soll innerhalb von 4 Wochen nach der Aufforderung bei der Stadt gestellt werden.
- (2) Die Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang kann unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs oder auf eine bestimmte Zeit ausgesprochen werden.
 - (3) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 kann die Stadt auf die Ausübung des Anschluß- und Benutzungszwanges zeitweise teilweise verzichten, um durch Versickerung des Niederschlagswassers den Grundwasserspiegel positiv zu beeinflussen. Der teilweise Verzicht kann sich z. B. auf eine Bestimmte Dachrinne, ein Fallrohr oder auf eine bestimmte Dachfläche beziehen. Die Entscheidung gilt unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 18

Beiträge, Gebühren und Kostenerstattung

- (1) Zur Deckung des Aufwandes für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen werden Abwasserbeiträge und für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen werden Abwassergebühren nach Maßgabe einer besonderen Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung erhoben.
- (2) Zur Deckung der tatsächlichen Kosten für die Bereitstellung weiterer Anschlußleitungen für ein Grundstück sind diese vom Eigentümer nach Maßgabe der Abgabensatzung zur Abwasserbeseitigungssatzung zu erstatten.
- (3) Für die Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen werden Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostensatzung erhoben.

§ 19

Inhaber von Rechten und Pflichten

Die in dieser Satzung für die Grundstückseigentümer festgelegten Rechte und Pflichten gelten entsprechend für die zur dringlichen Nutzung der Grundstücke Berechtigten.

Abschnitt IV

Schlußvorschriften

§ 20

Maßnahmen an der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage

Einrichtungen öffentlicher Abwasserbeseitigungsanlagen dürfen nur von Beauftragten der Stadt mit Zustimmung der Stadt betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen sind unzulässig.

§ 21

Grundstücksbegriff

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne.

- (2) Wird im Bereich einer Grundstücksentwässerungsanlage eine Grundstücksgrenze geändert, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, die Stadt hiervon zu unterrichten. Sie entscheidet über den evtl. erforderlichen Umbau der Grundstücksentwässerungsanlage bzw. über die Notwendigkeit der Eintragung einer Grunddienstbarkeit oder Baulast nach § 3 Abs. 3.

§ 22

Indirekteinleiter-Kataster

- (1) Die Stadt führt ein Kataster über Indirekteinleitungen in die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen, soweit es sich nicht um häusliches Abwasser handelt.
- (2) Bei Indirekteinleitungen i. S. d. Abs. 1 sind der Stadt mit dem Entwässerungsantrag nach § 7, bei bestehenden Anschlüssen binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung, die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Auf Anforderung der Stadt hat der Grundstückseigentümer weitere für die Erstellung des Indirekteinleiterkatasters erforderliche Auskünfte zu geben, insbesondere über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und ggf. die Vorbehandlung von Abwasser.

§ 23

Befreiungen

- (1) Die Stadt kann von Bestimmungen dieser Satzung, soweit sie keine Ausnahme vorsehen, Befreiung erteilen, wenn die Durchführung der Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- (2) Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 24

Haftung

- (1) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die infolge Nichtbeachtung der Bestimmungen dieser Satzung entstehen. Dies gilt insbesondere für Schäden, die darauf zurückzuführen sind, daß die Grundstücke nicht nach § 6 Abs. 4 dieser Satzung gegen Rückstau gesichert sind.
- (2) Für Schäden, die der Stadt oder Dritten durch Nichtbeachtung der Bestimmungen dieser Satzung, insbesondere durch mißbräuchliche Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen oder durch eine nicht ordnungsgemäße Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen, haften die Eigentümer der Grundstücke und Grundstücksentwässerungsanlagen in vollem Umfange. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.
- (3) Im Falle von Betriebsstörungen und Unfällen, die im Bereich der Anschlußnehmer begründet sind und sich negativ auf die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen und damit Beschäftigten auswirken können, ist der Anschlußnehmer verpflichtet, unverzüglich das Klärwerk Bramsche zu unterrichten (z. B. telefonisch).
- (4) Bei Betriebsstörungen, Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen oder vorübergehender Abtrennung bzw. Außerbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlagen (z. B. wegen Ausbesserungsarbeiten) sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, welche durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Wolkenbrüchen, Schneeschmelze oder Hemmungen im Wasserlauf hervorgerufen werden, hat der Anschlußnehmer einen Anspruch auf Schadenersatz und/oder Gebührenermäßigung, soweit die eingetretenen Schäden von der Stadt schuldhaft verursacht worden sind. Andernfalls hat der Grundstückseigentümer die Stadt von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.

- (5) Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbeschränkungen dieser Satzung erhöhte Abwasserabgaben der Stadt verursacht, hat diese Mehrkosten zu erstatten.

§ 25

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
1. § 13 u. § 13a sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage anschließen läßt.
 2. §§ 13, 13a, oder § 6 sein Grundstück nicht nach den von der Stadt vorgeschriebenen Verfahren entwässert,
 3. der nach § 8 erteilten Anschlußerlaubnis die Grundstücksentwässerungsanlagen erstellt,
 4. § 8 den Anschluß seines Grundstücks an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage oder die Änderung der Entwässerungsgenehmigung/Entwässerungserlaubnis nicht oder nicht ordnungsgemäß beantragt.
 5. § 16 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage ableitet,
 6. § 9 die Grundstücksentwässerungsanlage oder auch Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt,
 7. § 9 festgestellte Mängel nicht unverzüglich beseitigt,
 8. § 11 dem Beauftragten der Stadt nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt,
 9. der §§ 6 und 7 die Grundstücksentwässerungsanlagen und Vorbehandlungsanlagen nicht ordnungsgemäß betreibt und unterhält,
 10. § 15 Abwasser einleitet, das einem Einleitungsverbot unterliegt oder Abwasser einleitet, das nicht den Einleitungswerten entspricht,
 11. § 7 nach Aufforderung durch die Stadt keine Personen benennt, die für die Bedienung der Vorbehandlungsanlagen verantwortlich ist,
 12. dieser Satzung seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt,
 13. dieser Satzung an der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage Maßnahmen vornimmt.
 14. § 22 die Angaben für das Indirekteinleiterkataster nicht rechtzeitig und vollständig macht.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 DM geahndet werden.

§ 26

Zwangsmittel

- (1) Für den Fall, daß die Vorschriften dieser Satzung nicht befolgt werden oder gegen sie verstoßen wird, kann nach § 70 des Nieders. Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (NVwVG) vom 02.06.1982 (Nds. GVBl. S. 139) i. V. m. §§ 42, 43 und 45 des Nds. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) vom 17.11.1981 (Nds. GVBl. S. 347) in der jeweils gültigen Fassung ein Zwangsgeld bis zu 100.000,00 DM angedroht und festgesetzt werden. Dieses Zwangsmittel kann wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind.
- (2) Die zu erzwingende Handlung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen durchgesetzt werden.
- (3) Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 27

Widerruf

Eine bestandskräftige Entwässerungsgenehmigung kann unter den Voraussetzungen des § 49
Verwaltungsverfahrensgesetz widerrufen werden.

§ 28

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.1993 in Kraft mit Ausnahme des § 1 Abs. 1. § 1 Abs. 1 tritt
rückwirkend zum 01.01.1984 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Satzungen über die Entwässerung der Grundstücke und den
Anschluß an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage in der Stadt Bramsche vom
15.10.1987 und vom 14.12.1989 außer Kraft.

Bramsche, 19. November 1992

Fisse
Bürgermeister

Stadt Bramsche
(Siegel)

Buhlrich
Stadtdirektor

Veröffentlichungsnachweis:

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 24 vom 31.12.1992